

Dresdner Volkszeitung

Postkassentext: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Geb. Amhof, Dresden
und Köpfige Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bestandteile einschließlich Wintergeld mit der halben Unter-
haltungsbeilage „Nach der Arbeit“ außerdem Post und Zeit-
ung für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schließung: Donnerstags 10. Febr. 1927. Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Schließung: Donnerstags 10. Febr. 1927. Sprech-
stunden von 7 bis 8 Uhr wochentags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 24 mm breite Monatszeitung
1 M. 20 Pf., die 40 mm breite Monatszeitung 1 M. 50 Pf., für auswärtige
Abnehmer 3 M. und 2 M. Familienabonnenten. Stellen- und Ver-
mittlungsgeld 40 Pf. monatlich, für Vertriebsleistungen 10 Pf.

Nr. 87

Dresden, Mittwoch den 13. April 1927

38. Jahrg.

Abrüstungsparole!

Trotz allen Quertreibereien in Genf

Kein Abrüsten. Keine Abrüstungsbeschränkung! So jubeln die Nationalisten aller Länder, nachdem die Kommission des Völkerbundes ihre Arbeiten zur Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz bis zum Herbst vertagt hat. Die Differenzen unter den Nationen erwiesen sich als zu groß, so daß besonders bei der Unterredung die Kommission an einen toten Punkt kam und nur durch Vertagung retten konnte.

Diese Vorgänge bestätigen nur die Macht des Militarismus und des Imperialismus in den bedeutenderen Ländern, die natürlich nicht auf den ersten Versuch zu brechen, kaum zu beschränken ist. Jede Macht hat ihre Besonderheiten, die sie zu bilden — und auf diese besonderen Überlegenheiten beruht freiwillig keine. Hier muß erst die Not eingreifen, wenn die Völker müssen Druck ausüben.

Es war eine sehr lehrreiche Auseinandersetzung in Genf, Frankreich, dessen militärische Stärke vor allem auf den geschulten Reservisten beruht, lehnte es hartnäckig ab, die Abrüstung in die Abrüstungstabellen einbezogen zu werden, obwohl Deutschland mit Recht darauf hinwies, daß ihm durch den Versailler Vertrag die Ausbildung von Ersatzmannschaften unterlag und dadurch ein besonderer Gegensatz zwischen der Abrüstungsstärke beider Nationen entstanden wäre. Dagegen forderte Frankreich die Unterzeichnung der Gendarmen- und Polizeikräfte, um die Aufstellung der Vergleichsziffern den Eindruck zu machen zu können, als verübe Deutschland über eine viel mehr Streitkraft als 100 000 Mann. England, das in der Reserve der deutschen Standpunkt unterlegen, allerdings wohl nur deshalb, weil es selbst die allgemeine Verpflichtung abgelehnt hat, zeigte sich in den Fragen der Abrüstung zur See nicht weniger selbstzufrieden als Frankreich in den Fragen der Landabrüstung. So konnten die Vorkämpfer mit einem Schein von Recht behaupten, daß der britische Abrüstungswille nicht erheblich sei, da er nur die kontinentalen Mächte militärisch zu überlegen zu zwingen. In der Frage der Abrüstungstabellen durch progressive Herabsetzung der finanziellen Lasten für die Verteidigungszwecke war es vor allem Amerika, das nicht darauf verzichtete, seine besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Reichthümer nicht ausüben zu dürfen. Auch England unterliegt in diesem Punkte der amerikanischen These, während Frankreich sich hier viel loyal verhielt. Daß das britische Italien die Abrüstungsbemühungen nach dem Vorbild der selbstverständlichen. Die Italiener haben sich zwar „grundständig“ für Abrüstung aus, beanstanden aber für sich das Recht, zunächst aufzurüsten, „den militärischen“ die militärische Stärke Frankreichs zu erhöhen.

Und die Einführung einer gegenseitigen Kontrolle der Abrüstung des künftigen Abrüstungsprogramms steht im Widerspruch der Engländer, Amerikaner und Deutschen, während Frankreich dafür war. Die Forderung des deutschen Delegierten vor internationaler Kontrolle der Abrüstung ist bezeichnend für die heutige Weltlage.

Zur Abrüstungswille der gegenwärtigen Regierungen ist seiner Macht erst und tief. In England regieren die Liberalen, in Frankreich ist der Nationale Block einen Teil der Regierungsgewalt aus, in Italien herrscht der Faschismus und in Amerika wird die Außenpolitik von einem autoritären bestimmt. Sogar kam noch, daß das abstrakte Fernbleiben Sowjetrußlands von diesen Abrüstungsarbeiten den Kandidaten, vor allem Polen und Litauen, den gewünschten Vorwand gab, um ihrerseits alle Abrüstungsversuche zu unterstützen. Die Ereignisse in China waren gleichfalls dazu bei, die gesamte Atmosphäre der Abrüstung zu beeinflussen. Schließlich hat die bloße Tatsache der Reichsunstimmungen in Deutschland nur die Wahlen der französischen und der polnischen Regierungen geleitet.

Zum Glück aber drängt die Not zur Abrüstung. Die Folgen des Weltkrieges sind noch nicht ausgeglichen. Die Millionen unter den unerträglichen Lasten des Krieges. Der Völkerbund hat als eine seiner Hauptaufgaben in Artikel 8 die Einberufung einer Abrüstungskonferenz feierlich beschworen. Die Sonderinteressen der einzelnen Mächte hindern vorerst die Einberufung eines einheitlichen Willens zur Abrüstung. So müssen die kämpfenden Volksmassen in China zu selber sprechen. Ueberall muß die Arbeiterbewegung den Druck hinter die Abrüstungsforderung setzen. Die Not ist das Friedensverlangen in den Brennpunkten der Welt. Der Kampf für die Friedenssicherung ist kein bloßer Kampf. Der internationale Sozialismus kann er den völkerverstörenden Militarismus nur in dem Kampfe der Menschheit werden. Sie muß Abrüstung werden! Deshalb wird jede Schwierigkeit mit der Abrüstung beantwortet:

Abrüsten! Friede! Kulturaufbau!

Die Personalpolitik — der anderen!

Mahregelungen „durchaus nichts Außergewöhnliches“!

Von gutunterrichteter Seite weiß das Berliner Tageblatt zu melden, daß auch in dem von dem deutschnationalen Minister Schiele geleiteten Ernährungsministerium Personalveränderungen bevorstehen, und zwar soll außer dem linksstehenden Zentrumsmann Richter, der gegenwärtig das Pressereferat im Reichsernährungsministerium beauftragt, zunächst noch der demokratische Regierungsrat Bongard zur Disposition gestellt werden. Damit aber sollen die Veränderungen keineswegs abgeschlossen sein.

Die Presse der Rechten begrüßt die Mahregelungen von Schulz und Recht — und die, die etwa noch kommen! — oder sucht sie als etwas Unabänderliches, Volkswirtschaftliches und Selbstverständliches hinzustellen. Das hat für uns in Sachen besonders Interesse, denn als hier sozialdemokratische Minister versuchten, sich in der Verwaltung einige Stützpunkte durch Befestigung mit republikanischen Vertrauensleuten zu schaffen, schrie gerade die Presse Jeter und Mordio und beschuldigte uns der Futterkripenpolitik, die jetzt mit der Futterkripenpolitik des Reichsbürgerblocks durch die dünne geht. Da das alles für künftige Zeiten wichtig ist, geben wir wieder, was sich der Dresdner Anzeiger von seiner Berliner Schriftleitung schreiben läßt:

Die Personalveränderungen haben im Grunde nichts Erstaunliches an sich, wie ja auch das Berliner Tageblatt selbst offen zugibt, daß man davon eigentlich nicht überrascht sein konnte. Es handelt sich hier selbstverständlich um politische Mahregelungen, die mit dem Wechsel der Koalitionsregierung und noch den im parlamentarischen System nun einmal üblichen Wechsellagen durchaus nichts Außergewöhnliches sind.

Man könnte sich mit diesem Standpunkt abfinden, wenn der republikanische Staat eine entsprechende republikanische Verwaltung und die republikanische Verwaltung damit hinreichend praktische Grundlagen hätte. In Wirklichkeit entspricht der heute noch im deutschen Verwaltungsapparat herrschende Geist mehr dem wilhelminischen Deutschland als dem Geiste der Weimarer Verfassung. Die schwarzblaue Regierung fand also reichlich viel Vertrauensleute und ausführende Organe in leitenden Stellen der Verwaltung vor. Sie brauchte zur Sicherung ihrer Regierungstätigkeit keine Personalveränderungen vorzunehmen, denn die Zahl der Republikaner in obersten

Stellen — man denke nur an das Kultusministerium, das Auswärtige Amt und das Justizministerium — ist denkbar gering. Darum sind die Personalveränderungen von Schulz und Recht überflüssige Mahregelungen und müssen als solche empfunden werden!

Wir wollen uns jedoch die Auffassung der Rechtspreffe, wie sie auch im Organ des Herrn Dr. Müller zum Ausdruck kommt, für die Zukunft merken. Welches Geistes, als von Reigner und Rivinski einige Republikaner zu Ministerialräten oder Ministerialdirektoren gemacht wurden! Es war, als ob die Welt einstürzte. Die sachliche Eignung, die wohlworbene Rechte, die Dauer der dem Staat gefesteten Dienste, was sollte da nicht alles ausschlaggebend sein! Schulz sachliche Lässigkeit wird nicht bestritten, und Recht ist nicht nur ein Spezialist seines Faches, sondern noch dazu einer der im Staatsdienst grau gewordenen Beamten. Aber das alles ist der reaktionären Presse pfeiflich Gehuba!

Wir wollen uns hier nicht lange bei der moralischen Seite der Sache aufhalten. Nur merken wollen wir uns diese gravierenden Fälle. Und wo die Sozialdemokratie wieder einmal regieren muß, soll sie sich den Vorgang zum Beispiel dienen lassen und dem heulenden reaktionären Goryus mit seinen eigenen Worten und Argumenten jählagen!

Demokratische Interpellation

Die demokratische Berliner Zeitung teilt mit: Die Demokraten werden beim Wiederzusammentritt des Reichstags die Reichsregierung in einer Interpellation über das Vergehen des Reichsinnenministers zur Rechenschaft ziehen. Wenn es damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten entsprechende Schritte unternehmen werden.

Das Republikanengesetz

Der Reichsjustizminister Dr. Geest wird am Mittwoch im Reichsrat eine weitere Erklärung über die Stellungnahme der Reichsregierung zu einer Verlängerung des Republikanenschutzes abgeben. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird diese Erklärung die Aufkündigung einer Verlängerung jener Bestimmungen des Republikanengesetzes in Form eines besonderen Gesetzes enthalten, die sich auf die Rückkehr des Kaisers beziehen. Dieses Gesetz soll auf zwei Jahre beschränkt werden.

Die Ziele der Kuomintang

Selbstbestimmung — Demokratie — Sozialismus

Von T'ang Seang-Di

Kuomintang nennt sich die große und einzige politische Partei Chinas, die von dem hervorragenden Revolutionär Sunjatsen (gestorben 1925) gegründet worden ist und jetzt über eine Million Mitglieder zählt. Das unübersehbare Wort Kuomintang bedeutet: Die Partei, die die Macht erhebt. Man kann Kuomintang sinngemäß mit Selbstpartei übersetzen, da sie die Selbstbestimmung des chinesischen Volkes unter demokratischer Anteilnahme der Massen zum Ziele hat. Kuomintang erreichte schon vor Jahren eine eigene demokratische Regierung in Kanton und sucht so fleißig gegen die alte Regierung in Peking, daß die Kantonregierung jetzt beinahe zwei Drittel des chinesischen Reiches umfaßt. Trotz der vorübergehenden Schlappe am Januar dürften die Kantontruppen in absehbarer Zeit ganz China für die Macht der Kuomintang gewinnen.

Wir entnehmen die nachfolgende Darstellung der „Weltanschauung“.

Die bürgerliche Revolution von 1911 war in erster Linie eine antimonarchische. Sie schlug fehl, weil ihre Führer die wirkliche Situation Chinas nicht richtig erkannten. Die Erkenntnis dieses Mißerfolges führte zu einer neuen Revolution, die der tatsächlichen Lage besser entsprach und sich sowohl gegen die Imperialisten wie gegen die Militaristen richtete. Die Teilnehmer dieser neuen Revolution waren nun nicht mehr in erster Linie die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse und die Bauernschaft.

Gleichzeitig begann die zur Befreiung Unüberlüt in Beziehung stehende Nationalität einzuziehen, daß der Wiederaufbau Chinas viel weitreichendere Umgestaltungen erforderte als einen bloßen Regierungswechsel. Ihr Ziel war die Wiedergeburt der alten Zivilisation durch eine neue Synthese zwischen chinesischer und westlicher Zivilisation auf intellektueller und moralischer Grundlage. Die Persönlichkeit gewann neue Bedeutung, was sich in einer Auflehnung gegen alle festumrissene Autorität und in einer Wiedergeburt der alten chinesischen Lehre von der Gerechtigkeit der Gerechtigkeit äußerte. So wurde eine Verständigung zwischen der Intelligenz und dem Proletariat angebahnt.

Die russische Revolution von 1917 förderte die Bewegung zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen ganz gewaltig. Eine Reihe von Streiks brach aus, die sich, was besonders vermerkt zu werden verdient, größtenteils in den von den Ausländern kontrollierten Gebieten abspielten. Der

erste große Kampf war der Streik der Seelente in Songkong 1922, an dem sich 400 000 Arbeiter beteiligten. Vom Antikapitalismus zum Antimperialismus war kein weiter Schritt mehr, und die strengen Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Arbeiterdemonstrationen ergriffen wurden, lockten daher die Flammen der Ausländerfeindschaft nur noch stärker an. 1925 ließ der unter britischem Einfluß stehende Wuchsiu die Streikführer der Peking-Sankai-Chienbahner hinhängen.

Um diese Zeit wandte sich Sunjatsen um Unterstützung an die immer mehr erstarkende Gewerkschaftsbewegung. Er erlangte den rein militärischen Unternehmungen und begann eine Politik der aktiven Zusammenarbeit mit der chinesischen Arbeiterpartei. Die Gleichzeitigkeit dieser drei Faktoren — Zunahme der Intellektuellenbewegung, Erstarkung der Arbeiterbewegung und Befreiung der Sunjatsen-Partei — ermöglichte die Durchführung einer national-revolutionären Kampagne, die sich auf Sunjatsens verbessertes Programm von 1924 stützte, das unter dem Namen Sammin-Lehre berühmt geworden ist.

Die Sammin-Lehre tritt, kurz gefasst, für die Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung, der Demokratie und des Sozialismus ein.

Das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung fordert nationale Freiheit und Unabhängigkeit, Freiheit von der politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Durchdringung durch das Ausland; es tritt außerdem noch für die Gleichberechtigung der verschiedenen Klassen der chinesischen Republik und ihr positives Selbstbestimmungsrecht ein. Die „ungerechten“ Verträge, d. h. jene, welche die Souveränität und nationale Ehre Chinas verletzen und den wirtschaftlichen Interessen des Volkes schaden, sollen beseitigt werden. Die fremden Besatzungstruppen und Marinekräfte, die gegenwärtig in China selbst und um China herum stationiert sind, sollen innerhalb eines angemessenen Zeitraums zurückgezogen werden. Alle Nationen sollen das Recht auf Territorialität verlieren, ganz ohne Rücksicht auf etwaige Empfehlungen der Territorialitätskommission. Fremde Konzessionen und Zieldungen, die nicht freiwillig zurückgegeben werden, sollen mit Gewalt zurückgenommen werden. Souveränität für China soll erklärt und ohne vorherige Verständigung mit den Mächten durchgeführt werden. Alle Ausländer sollen von den Verwaltungswesen entfernt werden, sofern sie die Interessen der ausländischen Gläubiger, Industriellen und Kaufleute wahrnehmen statt die Inter-